



Ausgabe: November 2017

## **Demokratie-Newsletter**

### **Allgemeines zum Thema «Demokratie»**

- Neue Zürcher Zeitung vom 1. November 2017, Seite 14  
*Sozialdemokratischer Spagat – Die SP sitzt in der Regierung, zugleich betreibt sie mit einem prononcierten Linkskurs Opposition.*
- Tages-Anzeiger vom 2. November 2017, Seite 4  
*Wird die SVP jetzt nett? – Die Wahl des SVP-Fraktionschefs ist eine Weichenstellung in der Schweizer Politik. Von ihr hängt ab, wie verhandlungsbereit die wichtigste Fraktion im Bundeshaus sein wird.*
- Neue Zürcher Zeitung vom 2. November 2017, Seite 14  
*Mehr Mut zur Freiheit – Zwei Jahre nach den Wahlen wird bilanziert. Der sogenannte «Rechtsrutsch» hat nichts verändert. Freiheitliche politische Projekte sind Mangelware geblieben. Und über die wichtigsten Fragen wird zu wenig nachgedacht.*
- Tages-Anzeiger vom 3. November 2017, Seite 3  
*Nach Deutschland, nach rechts – Die traditionsreiche NZZ baut ihre Präsenz in Deutschland aus. Und erhält dort mit ihrem politischen Kurs viel Applaus aus Kreisen der AfD.*
- Tages-Anzeiger vom 6. November 2017, Seite 21  
*Eine Stimme für die Jungen – für Politfans und Neulinge – Der Kanton Zürich hat neuerdings ein Jugendparlament. Am Startanlass vom Samstag wird klar, dass ein Klick in Sachen Jugendpolitik dringend nötig ist.*
- Tages-Anzeiger vom 6. November 2017, Seite 23  
*Wien wird Wahlkampfthema – ist Wien ein Paradies für Wohnbauförderung oder ein sozialistischer Albtraum? Darüber streiten sich Sozialdemokraten und Bürgerliche im Stadtzürcher Wahlkampf. / Die SVP will Zürich aus der «links-grünen Sackgasse» führen.*
- Tages-Anzeiger vom 7. November 2017, Seite 21  
*Die Rechte will kein Recht auf Plakatstellen für alle – bei der Plakatwerbung für Parteien herrsche Wildwuchs, hiess es gestern im Kantonsrat.*
- Bote der Urschweiz vom 7. November 2017, Seite 5  
*Verwaltungsgericht rügt Schwyzer Regierung – Die Abstimmung vom 24. September muss laut Verwaltungsgericht nicht wiederholt werden, obwohl die Informationspraxis der Schwyzer Regierung widerrechtlich war.*



- Neue Zürcher Zeitung vom 8. November 2017, Seite 15  
*Die Grünen wollen zurück zu ihren Graswurzeln – Die Partei verschreibt sich eine Imagepflege – sie möchte wieder Mitmach- und Debattierbewegung sein.*
- Tages-Anzeiger vom 9. November 2017, Seite 4  
*Das teuerste Rüstungspaket der Geschichte – Der Bundesrat stellt die Weichen für den Ersatz aller schweren Waffensysteme der Schweizer Armee. 8 Milliarden Franken reserviert er für die Luftwaffe, weitere 7 bis 8 Milliarden für das Heer. Ob das Volk darüber abstimmen kann, lässt die Landesregierung noch offen.*
- Neue Zürcher Zeitung vom 9. November 2017, Seite 13  
*Parmelin lanciert Kampf um Jets – Die Regierung will die Luftverteidigung für acht Milliarden erneuern – mehrere Fragen bleiben offen. Ob das Volk dereinst über das milliardenschwere Beschaffungsprojekt befinden kann, ist offen.*
- Neue Zürcher Zeitung vom 14. November 2017, Seite 14  
*Mit dem Erfolg kommt die Verantwortung – Die FDP feiert Erfolge, doch auf die Partei warten einige Stolpersteine.*
- Tages-Anzeiger vom 16. November 2017, Seite 21  
*SVP bringt Nationalitäten-Initiative – Mitten im Stadtratswahlkampf sammelt die Partei Unterschriften gegen Richard Wolffs «Zensurpolitik»*
- NZZ am Sonntag vom 19. November 2017, Seite 17  
*Anleitung zur digitalen Revolution der Demokratie – Dank der Digitalisierung soll das Volk viel umfassender als heute in politische Prozesse einbezogen werden, fordern Professoren und Politiker.*
- Neue Zürcher Zeitung vom 20. November 2017, Seite 8  
*Ehrlichkeit in der Politik – Transparenz in der Politik ist eine wichtige Voraussetzung dafür, dass Bürgerrechte auch effektiv wahrgenommen werden können. Sie dient der Kontrolle, hilft gegen Klüngerlei und ist beim Kampf gegen Korruption unentbehrlich. Wie viel Transparenz gebietet die Demokratie, wie viel Diskretion erlaubt sie?*
- Neue Zürcher Zeitung vom 21. November 2017, Seite 13  
*Ringeln um den Platz im Bundesbüchlein – Bereits im kommenden Jahr sollen die Abstimmungserläuterungen attraktiver gestaltet werden.*
- Neue Zürcher Zeitung vom 21. November 2017, Seite 14  
*Wahlsiegerin SVP bringt wenig zustande – Noch nie war die Rechtspartei auf nationaler Ebene so stark – doch sie leidet an selbstgewählter Isolation.*
- Neue Zürcher Zeitung vom 25. November 2017, Seite 16  
*Grünliberale suchen einen Gassenhauer – Die einst medial gefeierte Ökopartei laviert sich zwischen links und rechts.*



- Tages-Anzeiger vom 28. November 2017, Seite 7  
*SVP rennt verpasstem Osthilfe-Referendum hinterher – Weil die SVP die gesetzliche Grundlage für die Ostmilliarde nicht bekämpft hat, will sie nun im Eilverfahren ein Finanzreferendum einführen. Dieses ist auf Bundesebene bisher gescheitert.*
- Neue Zürcher Zeitung vom 28. November 2017, Seite 37  
*Einmal Jamaica und zurück – Was ist links, was rechts? Die gescheiterten Jamaica-Sondierungen zeigen die Grenzen politischer Kategorien.*
- Tages-Anzeiger vom 29. November 2017, Seite 5  
*Die einstige CVP-Hochburg erodiert – Im Kanton St. Gallen verliert die CVP Wahl um Wahl. Nun ist sie erstmals seit 100 Jahren nicht mehr in der St. Galler Stadtregierung vertreten. Was ist passiert? / Die verrückten Aargauer Wahlen – Die SP überholt die CVP, ein Parteilooser ergattert zwei Sitze, und beinahe wäre Funda Ylmaz ins Parlament eingezogen. Was ist los im Kanton Aargau?*
- Neue Zürcher Zeitung vom 29. November 2017, Seite 14  
*Die BDP sucht die Progressiven vom Land – 2018 finden in jenen drei Kantonen Wahlen statt, in denen die Partei stark verankert ist.*
- Neue Zürcher Zeitung vom 30. November 2017, Seite 43  
*Ein grosser Graben spaltet die Demokratie – Junge beteiligen sich weniger an der Politik als Alte, Arme seltener als Reiche. Schadet das dem Staat? Ja, sagt der Politologe Russel Dalton.*

## Initiativen, Referenden und Gesetzesänderungen

- Tages-Anzeiger vom 3. November 2017, Seite 5  
*SRG mobilisiert Mitarbeiter gegen No Billag – die Annahme der Volksinitiative würde faktisch das Ende der SRG und ihrer Tochtergesellschaft TPC bedeuten. Um dies zu verhindern, richten die Chefs der Unternehmen jetzt ungewöhnliche Appelle an die Angestellten.*
- Neue Zürcher Zeitung vom 4. November 2017, Seite 11  
*Die Schlacht um die SRG beginnt – Mit einem Ja zur No-Billag-Initiative würde die Schweiz zum medialen Sonderfall.*
- Tages-Anzeiger vom 7. November 2017, Seite 7  
*«No Billat» als «zu extrem» eingestuft – Die Crowdfunding-Plattform Wemakeit hat eine Sammelaktion der No-Billat-Initianten gestoppt.*
- Tages-Anzeiger vom 8. November 2017, Seite 6  
*«Die Politik nimmt uns einfach nicht ernst» - Die Pflegeinitiative solle dafür sorgen, dass die Schweiz endlich genügend Personen ausbilde, sagt die Präsidentin der Pflegefachleute.*



- Neue Zürcher Zeitung vom 8. November 2017, Seite 13  
*Wenn das Misstrauen regiert – Im Parlament zeichnet sich eine Mehrheit für das Verordnungsveto ab – der Bundesrat ist alarmiert.*
- Tages-Anzeiger vom 9. November 2017, Seite 5  
*Die Nervosität steigt – Die Konzernverantwortungsinitiative könnte Schweizer Unternehmen in grosse Nöte bringen In der Wirtschaft wird deshalb nach einem Ausweg gesucht. / Der Rückhalt in der Bevölkerung ist gross – Laut einer repräsentativen Umfrage will eine deutliche Mehrheit der Schweizerinnen und Schweizer die Initiative annehmen.*
- Tages-Anzeiger vom 11. November 2017, Seite 5  
*Schattenboxen gegen «No Billag» – Die Abschaffung der Radio- und Fernsehgebühren wird in der Romandie nicht einmal debattiert.*
- NZZ am Sonntag vom 12. November 2017, Seite 15  
*«Es gibt kein Redeverbot» - Roger Blum, SRG-Ombudsmann, ermuntert prominente Radio- und Fernsehjournalisten sich privat im Abstimmungskampf um «No Billag» zu engagieren. Er lehnt die Initiative ab.*
- Tages-Anzeiger vom 14. November 2017, Seite 3  
*Die Abwicklung – Umfragen sehen die Billag-Abschaffer vorn. Doch welche Folgen hätte ein Ja zur Initiative? Müsste die SRG liquidiert werden? Und wenn ja, wie? Eine Expedition ins Reich der offenen Fragen.*
- Tages-Anzeiger vom 15. November 2017, Seite 4  
*Erster Etappensieg für «Lex Glencore» - Die ständerätliche Rechtskommission hat sich überraschend und deutlich für einen Gegenvorschlag zur Konzernverantwortungsinitiative ausgesprochen. Die Chancen stehen gut, dass ihr die nationalrätliche Kommission folgt.*
- Neue Zürcher Zeitung vom 15. November 2017, Seite 15  
*Ständeräte wollen strengere Regeln für Konzerne – Parlamentskommission bringt Gegenvorschlag zur Volksinitiative.*
- NZZ am Sonntag vom 19. November 2017, Seite 9  
*Furcht vor Abstimmung steigt – Die Politik ringt um einen Gegenvorschlag zur umstrittenen Initiative für mehr Konzernverantwortung. Jetzt gibt es auch in den Reihen der FDP Bewegung.*
- Tages-Anzeiger vom 23. November 2017, Seite 4 und 5  
*«Glanz & Gloria» gehört auf jeden Fall zum Service public!» – Der frühere Medienminister Moritz Leuenberger über «No Billag» und die Relevanz von Boulevardsendungen.*
- Neue Zürcher Zeitung vom 22. November 2017, Seite 15  
*Kantone sollen Wahlrecht frei gestalten können – Staatspolitische Kommission fordert Verfassungsänderung.*



- Neue Zürcher Zeitung vom 30. November 2017, Seite 16  
*Tierschützer wollen Forscher kriminalisieren – Eine Initiative verlangt ein Verbot sämtlicher Tierversuche und weckt damit schwere Befürchtungen.*

## Gerichtsurteile

- Verwaltungsgericht des Kantons Schwyz, Entscheid vom 2. November 2017, III 2017 152  
Stimmrechtsbeschwerde (kantonale Abstimmung vom 24. September 2017) – Aufnahme der Auffassung wesentlicher Minderheiten (Opposition) im Bericht des Regierungsrates an die Stimmberechtigten (Abstimmungsbüchlein). Rechtsverletzung durch VGer in den Erwägungen anerkannt. Abweisung.
- Regierungsrat des Kantons Appenzell Ausserrhoden, Entscheid vom 28. April 2015, publiziert in: [AR GVP 27/2015 Nr. 1547](#)  
Stimmrechtsbeschwerde – Als Voraussetzung für die Wählbarkeit in eine politische Behörde in Appenzell Ausserrhoden wird nach dem kantonalen Recht Wohnsitz im Kanton bzw. der Gemeinde verlangt. Die Gemeinde ist anzuweisen, das Wahlergebnis neu zu ermitteln und zu veröffentlichen.
- Obergericht des Kantons Appenzell Ausserrhoden, Entscheid vom 1. Juli 2015, publiziert in: [AR GVP 27/2015 Nr. 3648](#)  
Wahlen und Abstimmungen – Beeinflussung des Wahlergebnisses durch einen von der Gemeinde finanzierten «amtlichen» Wahlzettel mit den vorgedruckten Namen der zwei wiederkandidierenden Kantonsräte. Gutheissung.
- Verwaltungsgericht des Kantons Zürich, Urteil vom 25. Oktober 2017, [VB.2017.00527](#)  
Stimmrechtsrekurs/Gemeindebeschwerde (Dübendorf) – Der Beschwerdeführer rekurrierte gegen einen Beschluss des Beschwerdegegners (Gemeinderat Dübendorf), mit welchem dieser eine Teilrevision der Nutzungsplanung und eine solche des kommunalen Richtplans ein bestimmtes Gebiet betreffend genehmigte. Die Vorinstanz (Bezirksrat Uster) trat auf das Rechtsmittel nicht ein und überwies die Angelegenheit ans Baurekursgericht. Abweisung.
- Schweizerisches Bundesgericht, Urteil vom 30. Oktober 2017, [1C\\_570/2017 & 1C\\_574/2017](#)  
Droits politiques – Annulation de la votation communale du 24 septembre 2017. Recours contre l'arrêt de la Chambre constitutionnelle de la Cour de justice de la République et canton de Genève du 21 septembre 2017 (ACST/16/2017 – A/3536/2017-ELEVOT). Le recours est irrecevable.
- Kantonsgericht des Kantons Basel-Landschaft, Abteilung Verfassungs- und Verwaltungsrecht, Entscheid vom 15. Februar 2017, [810 16 308](#)  
Politische Rechte – Abstimmungsbeschwerde betreffend Einführung einer Energieabgabe. Verletzung der Abstimmungsfreiheit, Kantonale Abstimmung vom 27. November 2016 betreffend Vorlagen Nr. 4 und 6, Änderung der Verfassung und des Energiegesetzes des Kantons Basel-Landschaft betreffend Einführung einer Energieabgabe. Nichteintreten.



- Schweizerisches Bundesgericht, Urteil vom 19. Oktober 2017, [1C\\_26/2017](#)  
Politische Rechte – Flughafengesetz (Änderung vom 5. September 2016; Referendum bei Pistenverlängerungen). Beschwerde gegen den Beschluss vom 5. September 2016 des Kantonsrates des Kantons Zürich. Nichteintreten.
- Schweizerisches Bundesgericht, Urteil vom 1. November 2017, [1C\\_319/2017](#)  
Politische Rechte – Stimmrechtsbeschwerde. Beschwerde gegen das Urteil des Verwaltungsgerichts des Kantons Glarus vom 4. Mai 2017 (VG.2017.00013). Abweisung.
- Schweizerisches Bundesgericht, Urteil vom 8. November 2017, [1C\\_208/2016](#)  
Politische Rechte – Ungültigerklärung der Initiative zur Abschaffung der Sonderjagd (Sonderjagdsinitiative). Beschwerde gegen das Urteil vom 8. März 2016 des Verwaltungsgerichts des Kantons Graubünden, 1. Kammer als Verfassungsgericht. Gutheissung.

### Amtliche Informationen

- Medienmitteilung der Bundeskanzlei vom 2. November 2017  
**Die Transparenz-Initiative ist zustande gekommen**  
*Die am 10. Oktober eingereichte eidgenössische Volksinitiative «Für mehr Transparenz in der Politikfinanzierung (Transparenzinitiative)» ist zustande gekommen. Die Prüfung der Unterschriftenlisten durch die Bundeskanzlei ergeben, dass von insgesamt 110'171 eingereichten Unterschriften 109'826 gültig sind. ([Link](#) / BBI 2017 6893)*
- Mitteilung der Bundeskanzlei vom 7. November 2017  
**Eidgenössische Volksinitiative «Stopp den Auswüchsen von Via sicura (Für ein gerechtes und verhältnismässiges Sanktionensystem)» – Fristablauf**  
*Die Bundeskanzlei teilt mit, dass die am 3. Mai 2016 im Bundesblatt veröffentlichte und zur Unterschriftensammlung gestartete eidgenössische Volksinitiative «Stopp den Auswüchsen von Via sicura (Für ein gerechtes und verhältnismässiges Sanktionensystem)» (BBI 2016 3721) bis zum 3. November 2017 nicht mit der nötigen Unterschriftenzahl bei der Bundeskanzlei eingereicht worden ist. Die Sammelfrist nach Artikel 139 Absatz 1 der Bundesverfassung (SR 101), Artikel 69 Absatz 4 und Artikel 71 des Bundesgesetzes vom 17. Dezember 1976 über die politischen Rechte (SR 161.1) ist somit unbenützt abgelaufen. (BBI 2017 6895)*
- Medienmitteilung des Bundesgerichts vom 8. November 2017  
**Bündner «Sonderjagdinitiative»: Beschwerde gegen Ungültigerklärung gutgeheissen (Urteil vom 8. November 2017, [1C\\_208/2016](#))**  
*Das Bundesgericht heisst die Beschwerde gegen die Ungültigerklärung der im Kanton Graubünden eingereichten «Initiative zur Abschaffung der Sonderjagd (Sonderjagdinitiative)» gut. Die Initiative steht entgegen der Ansicht des Bündner Verwaltungsgerichts nicht in einem offensichtlichen Widerspruch zu übergeordnetem Recht. Eine allenfalls noch erforderliche Regulierung des Wildbestandes am Ende der ordentlichen Hochjagd könnte anstatt im Rahmen der Sonderjagd durch eine Regiejagd der Wildhut erfolgen. Die Initiative wird zur weiteren Prüfung ihrer Gültigkeit an den Bündner Grossen Rat zurückgewiesen. ([Link](#))*



- Medienmitteilung der Staatspolitischen Kommission (SPK-SR) vom 21. November 2017  
**Mehr Freiraum für die Kantone zur Gestaltung ihrer Wahlverfahren**  
Die Staatspolitische Kommission (SPK) des Ständerates unterbreitet ihrem Rat nach Durchführung der Vernehmlassung eine Vorlage für eine Änderung der Bundesverfassung, die den Kantonen bei der Gestaltung ihrer Wahlverfahren mehr Freiraum gewährt. Somit werden die Standesinitiativen der Kantone Zug und Uri umgesetzt. ([Link](#))

### Neue Volksinitiativen im Sammelstadium

- *Im November 2017 wurden keine neuen Volksinitiativen auf Bundesebene lanciert.*

### Europäische und internationale Nachrichten zur Demokratie und den pol. Rechten

- Tages-Anzeiger vom 4. November 2017, Seite 6  
*Comeback des Fantasten – Silvio Berlusconi nutzt die Regionalwahlen in Sizilien für seine Rückkehr in die italienische Politik. Sie sind ein bisschen wie Glückspiel.*
- Tages-Anzeiger vom 7. November 2017, Seite 9  
*Das Fanal aus Sizilien – Italiens Rechte gewinnt die sizilianischen Regionalwahlen. Die Cinque Stelle hatten alles gegeben und doch verloren. Die Linke stellt sich existenzielle Fragen.*
- Tages-Anzeiger vom 7. November 2017, Seite 10  
*Fast, als wäre nichts gewesen – Zarismus, Revolution, Bürgerkrieg, Kommunismus – die Revolution von 1917 brachte Russland einen gewaltigen Umbruch und forderte Millionen Opfer. Doch gewandelt hat sich letztlich erschreckend wenig.*
- Tages-Anzeiger vom 9. November 2017, Seite 6  
*Der traurige Clown im Parlament – Martin Sonneborn war Chef des deutschen Satiremagazins «Titanic». Nun versucht er sich als Spasspolitiker im EU-Parlament. Wenn es aber um die Schweiz geht, wird er ernst.*
- Tages-Anzeiger vom 9. November 2017, Seite 7  
*Ein Lebenszeichen der US-Demokraten – Bei den Gouverneurswahlen in zwei amerikanischen Bundesstaaten haben die Demokraten triumphiert – erstmals seit Trumps Wahlsieg vor einem Jahr. Die Republikaner haben zwei Möglichkeiten, um ihre Niederlage zu interpretieren.*
- Tages-Anzeiger vom 14. November 2017, Seite 8  
*In der Mitte liegt die Zukunft – Angela Merkel müsse die CDU nach rechts rücken, um die AfD zu bekämpfen und wieder erfolgreich zu werden, sagen viele. Wahrscheinlich ist aber das Gegenteil der Fall.*



- Tages-Anzeiger vom 21. November 2017, Seite 2 und 3  
*Der Jamaika-Saboteur – FDP-Chef Christian Lindner hat nie an eine schwarz-gelb-grüne Koalition geglaubt und am Ende den Stecker gezogen. Für viele gilt der brillante Besserwisser nun als Buhmann. Für seine Anhänger ist er ein Held.*
- Tages-Anzeiger vom 21. November 2017, Seite 4  
*Trumps rechte Richter – Die Regierung des US-Präsidenten ist dabei, die Justiz neu auszurichten: Nicht nur fürs Oberste Gericht, sondern wo immer Stellen zu besetzen sind, schlägt sie konservative Juristen vor.*
- Neue Zürcher Zeitung vom 21. November 2017, Seite 1  
*Deutschland steuert auf Neuwahlen zu – Nach dem Scheitern der «Jamaica»-Sondierungen ist der Bundespräsident gefragt.*
- Neue Zürcher Zeitung vom 28. November 2017, Seite 7  
*Die Republikaner schmieden ihr Vermächtnis – Amerikas Konservative wollen das Gerichtswesen auf Jahre hinaus prägen.*
- Tages-Anzeiger vom 30. November 2017, Seite 6  
*Wie am Ende einer Ära – Deutschland ist hin- und hergerissen zwischen der alten Sehnsucht nach politischem Konsens und dem neuen Drang zum ideologischen Konflikt. / Was darf eine Übergangsregierung? – Angela Merkels Regierung ist nur noch eingeschränkt handlungsfähig – mit Folgen.*

## Ausländische Gerichtsurteile

- Bundesverfassungsgericht [der Bundesrepublik Deutschland], Urteil des Zweiten Senats vom 19. September 2017, [2 BvC 46/14](#)  
Die Einführung einer Eventualstimme für den Fall, dass die über die Hauptstimme mit Priorität gewählte Partei wegen der Fünf-Prozent-Klausel nicht die erforderliche Mindeststimmzahl erhält, ist verfassungsrechtlich nicht geboten. Die Wahlprüfungsbeschwerde wird als unzulässig verworfen, soweit sie gegen die Bereitstellung staatlicher Mittel für politische Stiftungen und Bundestagsfraktionen und deren Verwendung gerichtet ist. Im Übrigen wird sie als offensichtlich unbegründet verworfen.
- Bundesverfassungsgericht [der Bundesrepublik Deutschland], Urteil des Zweiten Senats vom 7. November 2017, [2 BvE 2/11](#)  
Verletzung des parlamentarischen Informationsanspruchs durch Verweigern von Antworten auf parlamentarische Anfragen bzgl. der Deutschen Bahn AG sowie zur Finanzmarktaufsicht. Zur Frage der Beschränkung des parlamentarischen Frage- und Informationsrechts durch vertraglich vereinbarte oder einfachgesetzliche Verschwiegenheitsregelungen. Art. 87e GG räumt DB AG keinen abwehrrechtlichen Status gegenüber gemeinwohlorientierten Einwirkungen des Staates auf die Unternehmensführung ein. Teilweise Unzulässigkeit der Anträge





im Organstreitverfahren mangels hinreichender Substantiierung bzw. mangels Rechtsschutzinteresses nach Mandatsniederlegung.

- Verfassungsgerichtshof für das Land Nordrhein-Westfalen, Urteil vom 21. November 2017, [VerfGH 9, 11, 15, 16, 17, 18, 21/16](#)  
Verfassungsgerichtliches Verfahren gegen den Landtag Nordrhein-Westfalen – Der Antragsteller hat das Recht der Antragstellerin auf Gleichheit der Wahl aus Art. 69 Abs. 1 Satz 2 LV i.V.m. Art. 28 Abs. 1 Satz 2 GG dadurch verletzt, dass er durch das Gesetz zur Änderung der Verfassung für das Land Nordrhein-Westfalen und wahlrechtlicher Vorschriften (Kommunalvertretungsstärkungsgesetz) vom 14. Juni 2016 (GV. NRW. S. 442) in Art. 78 Abs. 1 Satz 3 LV und § 33 Abs. 1 Sätze 2 bis 4 KWahlG eine 2,5 %-Sperrklausel eingeführt hat, soweit diese für die Wahlen der Räte der Gemeinden und der Kreistage gilt. Im Übrigen wird der Antrag abgelehnt.

### Neuerscheinungen

- BIAGGINI GIOVANNI, Problematische Seiten der unmittelbaren Anwendbarkeit von Verfassungsnormen, in: ZBI 118/2017, S. 581–582
- DALTON RUSSEL J., The Participation Gap, Social Status and Political Inequality, Oxford 2017
- PIRKER BENEDIKT, Behördliche Interventionen in Abstimmungskämpfe, in: AJP 2017, S. 1366–1381
- SCHAUB LUKAS, Die Stimmpflicht als «Nudge»: Der Versuch einer regulatorischen (Neu-) Einordnung, in: ZBI 118/2017, S. 583–604



## Dokumentation

- Sammlung der Demokratie-Newsletter: [Lehrstuhl Prof. Dr. A. Kley](#)
- Vollständige Artikelsammlung: [Zentralbibliothek Zürich](#)
- Vollständige Urteils- bzw. Entscheidsammlung (Schweiz):
  - [Schweizerisches Bundesgericht](#)
  - [Verwaltungsgericht des Kantons Zürich](#)
  - [Regierungsrat sowie Obergericht des Kantons Appenzell Ausserrhoden](#)
  - [Appellationsgericht des Kantons Basel-Stadt](#)
  - [Kantonsgericht des Kantons Basel-Landschaft](#)
- Vollständige Urteilssammlung (Deutschland):
  - [Bundesverfassungsgericht](#)
  - [Verfassungsgerichtshof für das Land Nordrhein-Westfalen](#)

## Kontakt

Luka Markić, Rechtswissenschaftliches Institut, Universität Zürich

Tel. +41 44 634 41 77

E-Mail: [luka.markic@rwi.uzh.ch](mailto:luka.markic@rwi.uzh.ch)

[www.rwi.uzh.ch/kley](http://www.rwi.uzh.ch/kley)